

An den Rat der Stadt Löhne
vertreten durch den Bürgermeister
Oeynhausener Straße 41
D – 32584 Löhne

Antrag

Titel:

Gegenfinanzierung der "Corona"-Schulden ab 2025

Hintergrund:

Im Rahmen der Einbringung des Doppelhaushalts 2021/22 in den Rat der Stadt Löhne referierte die Kämmerin über die zu erwartende Schuldenlast, die sich für die Stadt Löhne aus der Corona-Krise ergeben würde. Die Gesamtschulden würden sich lt. Aussage der Kämmerin auf ca. 40 Mio. Euro belaufen. Ferner wurde ausgeführt, dass diese ab dem Jahr 2025 zurückgezahlt werden müssten. Hierfür wäre ein Zeitraum von 50 Jahren vorgesehen, so dass sich rechnerisch eine Belastung des Haushalts von ca. 800.000 Euro p.a. bis zum Jahre 2075 ergeben würde.

Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Erarbeitung und Vorstellung von Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Mehrbelastung von ca. 800.000 Euro p.a.

zur Begründung:

Bei der Vorstellung des Haushalts wurde nicht dargestellt, mit welchen Maßnahmen eine Gegenfinanzierung erfolgen soll. Die Darstellung einer langfristigen Gegenfinanzierung ist allerdings unabdingbar, um eine sachgerechte Haushaltsplanung für die nächsten Jahrzehnte zu gewährleisten.

Hierzu zwei exemplarische Beispiele:

a) Investitionsreduktion (*hier Gebäude und Infrastruktur*)

Um beispielsweise ein jährliches Einsparvolumen durch die Reduktion von Abschreibungen in Höhe von 800.000 Euro realisieren zu können, wäre bei der Investition in Gebäude und Infrastruktur ein rechnerisches Reduktionsvolumen von 24 Mio. Euro (*bei einem steuerlichen Abschreibungshorizont von 30 Jahren für Gebäude*) notwendig.

b) Personalreduktion

Um ein jährliches Einsparvolumen von 800.000 Euro über eine Personalreduktion realisieren zu können, wäre der Abbau von ca. 17 personellen Vollzeitäquivalenten (VZÄ) bei einem Kostenansatz von ca. 45.000 Euro je VZÄ notwendig.

Zum Vergleich:

Dies entspricht annähernd dem Umfang der Personalreduktion, der im Rahmen der Haushaltssanierung der vergangenen Jahre bereits durchgeführt wurde.

Beide exemplarischen Beispiele zeigen, wie massiv die jährliche Mehrbelastung von 800.000 Euro in die Planungen der nächsten 50 Jahre eingreifen würde. Deshalb ist es unerlässlich, bereits heute Gegenmaßnahmen zu planen und einzuleiten.

Ferner ist auch nicht nachvollziehbar, warum der maximale Abschreibungshorizont von 50 Jahren ausgenutzt werden soll. Dies bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt, die aktuell ohnehin schon massiv von den Grundrechtseinschränkungen durch die aktuellen Corona-Maßnahmen betroffen sind.

Löhne, den 27. April 2021

gez. Horst-Martin Büttner
Fraktionsvorsitzender

gez. Prof. Dr. Maik Büssing
stellv. Fraktionsvorsitzender